



Antragsbuch

zum

Landesparteitag 2012.1

Inhalt

1. Satzung	4
S01: Keine Delegierten, keine Delegiertenversammlungen	4
S04: Ämterkumulation	5
S05: Bewerberaufstellung	5
S06: Textform bei Umlaufbeschlüssen	7
S07: Änderung der Finanzordnung	8
S08: Aufstellungsversammlung	9
S09: Bekenntnis zur FDGO	10
S10: Änderung §4.4 (4) und Erweiterung um §4.4 (5)	11
2. Programm	13
P01: Unvereinbarkeit Rechtsextremismus	13
P02: Antifaschistisches Engagement	14
P03: Übernahme Änderungen Bund BPT2010.2 und BPTs 2011	15
P04: Redundanzen Landes- und Bundesprogramm	18
P05: Fracking	19
P06: Verkehrsnetze sowie Ver- und Entsorgungsnetze	22
P07: Kommunale Versorgung	23
P08: Ablehnung von Extremismusbegriff und Extremismusklausel	24
P09: Landtagsausschüsse	25
P10: Für Demokratie und Zivilcourage	26
P11: Frühere Aktivitäten	27
P12: »Lucky Seven«	28
P13: Rückgewinnung und Verwendung öffentlichen Raums	29
P14: Prinzipien piratiger Politik	30
P15: Ehrenamt-Nebenamt-Hauptamt	36
P16: Sozialkunde/Politik/Gemeinschaftskunde	37
P17: Breitbandausbau	38
P18: Erhalt der Gewerbesteuer wie bisher	39
P19: Floh- und Trödelmärkte an Sonntagen	40
P20: Gewerbesteuer am Ort der Mehrwertschaffung	40
P21: Hochschulfinanzierung und Nachwuchsförderung	41
P22: Integration und Chancengleichheit	43
P23: Kinderbetreuung	44
P24: Modernisierung der Demokratie	45

P25: Passus Zugangerschwerungsgesetz löschen	46
P26: Rücknahme des Zensus-Gesetzes	47
P27: Vereinheitlichung der Gewerbesteuer	48
P28: Keine Frauenquote	49
3. Sonstiges	50
X01: Sync RLP Mailingliste	50
X02: Unvereinbarkeitserklärung	51
X03: Landesgeschäftsstelle	52
X04: Alter Beitrag 2012	53
X05: Ausschlussverfahren	53
X06: Feststellung der finanziellen Härte bei Beitragsermäßigungen	54
X07: Beauftragung des Landesvorstands Aufstellung für BTW13 im ersten Halbjahr 2013 anzusetzen	55

SATZUNG

S01: Keine Delegierten, keine Delegiertenversammlungen

Antrag:

§4 [Organe und Gremien des Landesverbandes]:
Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) wurde gestrichen.

§4.1 [Der Landesparteitag (LPT)]:
Im ersten Satz wurde „oder LDK“ gestrichen.

§4.1.1 [Die Landesmitgliederversammlung (LMV)]:
Im ersten Satz wurde „Sofern der LDK noch nicht gewählt ist, tagt die LMV“ geändert und der 2. Satz gestrichen. §4.1.1 Absatz 3 soll gestrichen werden

§4.1.2 [Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK)]:
Soll mit allen 10 Unterpunkten gestrichen werden

§4.4 [Die nächstuntergeordneten Gliederungen]:
Der alte Punkt a) wurde gestrichen, aus b) wurde a), das Wort „Weitere“ in b) wurde gestrichen.

§5.4 [Verschlussachen]:
Der LDK wurde aus allen Punkten entfernt. Absatz (3) wurde gestrichen. Die folgenden Absätze wurden entsprechend neu nummeriert.

§11 [Auflösung und Verschmelzung]:
Absatz (8) soll gestrichen werden.

Begründung:

Hier entspricht unsere Satzung nicht unserem „basisdemokratischen“ Ansatz.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

S04: Ämterkumulation

Antrag:

Es wird beantragt, dass § 2.3 Absatz 7 der Landessatzung durch folgenden Wortlaut ersetzt wird: „Eine Ämterkumulation ist grundsätzlich zulässig. Ausgenommen hiervon ist die gleichzeitige Besetzung als Schatzmeister in mehr als einem Gebietsvorstand.“

Begründung:

Wir sollten uns nicht selbst Steine in den Weg legen, eine Ämterkumulatuon birgt bei uns keine große Risiken, da letztlich ohnehin die Versammlung entscheidet ob jemand in ein Amt gewählt wird oder nicht, auch gibt es keine größere Vorteilsnahme dadurch. Vorstandsposten sind bei uns Verwaltungsarbeit.

Notizen:

Dafür Dagegen Enthaltung

S05: Bewerberaufstellung (Konkurrierend zu S08)

Antrag:

Es wird beantragt, dass der § 6.1 der Landessatzung durch folgenden Wortlaut ersetzt wird:

(1) Die Bewerberaufstellung für die Wahlen zu Volksvertretungen erfolgt im Rahmen einer Mitgliederversammlung.

(2) Die Form der Einladung entspricht den Vorgaben aus § 5.1. Für die Einladung gilt eine Frist von vier Wochen, bei vorgezogenen Neuwahlen kann von dieser Frist abgewichen werden. In der Einladung muss explizit auf die Aufstellung von Bewerbern hingewiesen werden.

(3) Liegt ein Wahlkreis zur Wahl einer Volksvertretung komplett im Tätigkeitsgebiet einer Untergliederung, so lädt diese Untergliederung die Mitglieder dieses Wahlkreises zur Mitgliederversammlung ein, ansonsten ist der Landesverband zuständig.

(4) Jede Mitgliederversammlung beschließt zu Beginn der Versammlung ein Wahlverfahren.

(5) Gegen den Beschluss einer Mitgliederversammlung kann nach § 21 Absatz 4 BWahlG beim Landesschiedsgericht Einspruch erhoben werden. Wenn das Landesschiedsgericht den Einspruch stattgibt ist die Abstimmung zu wiederholen. Ihr Ergebnis ist endgültig.

(6) Antragsberechtigt für einen Einspruch nach § 6.1 Absatz 5 ist jedes Mitglied, dass bei der aufstellenden Mitgliederversammlung stimmberechtigt ist.

(7) Neben dieser Satzung gelten die Bestimmungen der Wahlgesetze.

Begründung:

Wir haben einen Kreislauf in unserer Satzung eingebaut, das Wahlgesetz verweist bei gewissen Punkten auf die Satzung und die Satzung wiederum auf das Wahlgesetz. Der Antrag soll unkomplizierte Klarstellungen liefern.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

S06: Textform bei Umlaufbeschlüssen

Antrag:

Dem §4.2 Abs 13 werden an seinem Ende drei Sätze mit folgendem Wortlaut angefügt:
»Im Falle von virtuellen Vorstandssitzungen ist ein Beschluss gültig, wenn die Mehrheit der Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschluss in Textform erklärt. Im Falle von fernmündlichen Vorstandssitzungen ist ein Beschluss gültig, wenn die Mehrheit der an der Sitzung teilnehmenden Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschluss fernmündlich erklärt. In beiden Fällen kann der Vorstand in seiner GO einschränkende Regelungen treffen.«

Begründung:

Bisherige Praxis der Umlaufbeschlüsse via E-Mail (und möglicherweise auch die der fernmündlichen) stellt wahrscheinlich nach BGB § 28 iVm § 32 jene, die Beschlüsse durchführende Person oder Personengruppe unter das Risiko, dass der Beschluss erfolgreich angefochten wird und somit erfolgte Ausgaben privat getragen werden müssen. Dieser Antrag macht von BGB § 40 Gebrauch und lockert die strengen Regelungen aus BGB § 32 im Falle von virtuellen und fernmündlichen Vorstandssitzungen.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

S07: Änderung der Finanzordnung

Antrag:

Änderung von §7 [Finanzordnung]:

- (1) Es gilt, bis auf die im Weiteren überarbeiteten Punkte, die Bundesfinanzordnung.
- (2) Über Beitragsminderungen entscheidet die für das Mitglied zuständige Gliederung. Der geminderte Beitrag beträgt mindestens 12€/Kalenderjahr. Bei finanziellen Härtefällen ist auch eine Beitragsminderung auf 1€/Kalenderjahr möglich.
- (3) Eine freiwillige Beitragserhöhung kann jederzeit bei der für das Mitglied zuständigen Gliederung beantragt werden.

Begründung:

Ziel ist es wirklich niemanden auszuschließen. Die aktuelle Maßgabe eines finanziellen Härtefalls könnte evtl. für die eine oder andere Person ein Hindernis darstellen.

Ich stelle mir ein Formular vor, indem es 5 Beitragsempfehlungen gibt (z.B. 13,37€/Jahr; 42,42€/Jahr; 133,7€/Jahr; 08,15€/Monat; 13,37€/Monat) und ein Feld in das eine beliebige Zahl eingetragen werden kann. Das dürfte auch insbesondere für die finanziellen Unterstützer interessant sein, die jedoch nicht aktiv spenden möchten, sondern lieber eine Abbuchung haben.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

S08: Aufstellungsversammlung (Konkurrierend zu S05)

Antrag:

Der §6.1 [Bewerberaufstellungen für die Wahlen] wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Dient die LMV auch der Aufstellung eines Wahlkreisbewerbers, so sind alle zum Zeitpunkt des Zusammentritts nach dem BWahlG bzw. dem LWahlG stimmberechtigten Mitglieder der Piratenpartei Deutschland zur Versammlung einzuladen.

(2) Die Versammlung ist derart zu organisieren, dass nur nach den Wahlgesetzen Stimmberechtigte an der jeweiligen Aufstellungswahl teilnehmen können.

(3) Dient die Versammlung ausschließlich der Aufstellung eines Wahlkreisbewerbers, so brauchen nicht Stimmberechtigte Landespiraten nicht eingeladen zu werden. Die Versammlung wird dann nicht als LMV sondern als Versammlung zur Aufstellung eines Wahlkreisbewerbers bezeichnet.

(4) Im Falle vorgezogener Neuwahlen, die ein kurzfristiges Aufstellen eines Wahlkreisbewerbers erforderlich macht, beträgt die Einberufungsfrist eine Woche, wenn die Versammlung ausschließlich der Aufstellung des Wahlkreisbewerbers dient.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für die Aufstellung eines Ersatzbewerbers, als auch für die Aufstellung von Bezirks- und Landeslisten.

(6) Die Zusammenlegung von beliebigen Versammlungen dieser Art ist zulässig. Dabei ist besondere Sorgfalt zur Einhaltung von Absatz 2 geboten.

(7) Eine Aufstellungsversammlung nach diesem Absatz kann auch von einer untergeordneten Gliederung oder mehreren untergeordneten Gliederungen gemeinsam durchgeführt werden, sofern sich der Wahlkreis vollständig in seinem/ihrem Tätigkeitsbereich befindet.

Begründung:

Wir haben bisher keine wirklichen Regelungen zur Aufstellungsversammlung in der Satzung.

Unterschied zu Vincent's Antrag: In diesem Antrag wird klar festgeschrieben, dass alle Wahlberechtigten einzuladen sind. Die Einladungsfrist wird auch bei vorgezogenen Neuwahlen klar festgelegt. Die Mitgliederversammlung muss nicht das Wahlverfahren jedes mal neu beschließen, es reicht, dieses in die GO zu schreiben, so dass es für zukünftige Versammlungen Gültigkeit behält, außer es wird geändert.

Anrufung des LSG raus, da nach BSGO nicht zulässig. Nach Gesetzeslage hat der Landesvorstand ein Einspruchsrecht.

Notizen:

Dafür Dagegen Enthaltung

S09: Bekenntnis zur FDGO

Antrag:

Dem §2.3 der Satzung wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

»Der Landesverband Rheinland-Pfalz und seine Mitglieder bekennen sich zur Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG, eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. Das Anerkenntnis dieser Erklärung ist zwingende Voraussetzung für eine Mitgliedschaft.«

Begründung:

Es ist evident, dass sich die Piratenpartei zur FDGO bekennt und dies auch von ihren Mitgliedern erwartet. Da es hierüber konstant Diskussionen gibt, soll dies hiermit ein für alle Mal klar gestellt werden.

Notizen:

Dafür Dagegen Enthaltung

S10: Änderung §4.4 (4) und Erweiterung um §4.4 (5)

Antrag:

Änderung §4.4 (4) und Erweiterung um §4.4 (5):

- Die gründungswilligen Piraten haben ihren Gründungswillen dem Landesvorstand schriftlich mitzuteilen. Dazu müssen mindestens drei Piraten die Gründung unterstützen und es muss ein Ansprechpartner benannt werden, welcher die Gründung maßgeblich organisiert.
- Zum Zeitpunkt der Gründung einer untergeordneten Gliederung der PIRATEN Rheinland-Pfalz müssen der zukünftigen Gliederung mindestens zehn akkreditierungsfähige Piraten angehören.
- Die aktuelle Mitgliederzahl der betreffenden Gliederung wird den gründungswilligen Piraten auf Anfrage, durch den Landesvorstand mitgeteilt.
- Der Landesvorstand informiert die Piraten, die zukünftig der Gliederung angehören werden, schriftlich oder per E-mail über die Gründungsbestrebungen. Ab dem Zeitpunkt der Ankündigung haben die gründungswilligen Piraten sechs Monate Zeit, die Gliederung zu gründen.
- Die gründungswilligen Piraten sollen die Mitwirkung an der Gründung allen betroffenen Piraten ermöglichen. Vor der Gründung müssen die gründungswilligen Piraten mindestens ein Treffen zum Thema Gründung abhalten. Auf der Tagesordnung dieses Treffens soll das generelle Vorgehen, mögliche Gründungstermine, Satzungsentwürfe, GO-Entwürfe besprochen werden. Außerdem können sich die möglichen Vorstandskandidaten den zukünftigen Mitgliedern des Gebietsverbands vorstellen. Über dieses Treffen muss ein Protokoll veröffentlicht werden.
- Der Termin für die Gründung des Kreisverbandes soll durch eine Umfrage an die betroffenen Piraten festgelegt werden. Die Einladung zur Gründung des Kreisverbandes richtet sich nach §5.1 dieser Satzung. Sie sollte aber mindestens 2 Wochen vor der Veranstaltung durch den Landesvorstand erfolgen.

Aufnahme von Punkt §4.4 (5) in die Satzung:

(5) Für Abweichungen von einzelnen Punkten aus §4.4 (4) ist die schriftliche Zustimmung des LVORs notwendig. Diese ist in das Gründungsprotokoll der zu gründenden Gliederung aufzunehmen.

Begründung:

Um sich an der Basis besser aufzustellen ist die Untergliederung des LV RLP der Piraten notwendig. Da es hier immer wieder Fragen nach dem wie, wo und was gibt, sollten Grundlagen in die Satzung aufgenommen werden um rechtliche und organisatorische Klarheiten zu schaffen. Dies ist in anderen LV Satzungen in ähnlicher Form enthalten um dem LaVo die Möglichkeit eines Eingreifens zu geben. Der Punkt §4.4 (5) ist notwendig um Gründungsbestrebungen nicht z.B. an der Zahl 10 (akkreditierte Piraten) oder an einer Zeitüberschreitung (6 Monate) scheitern zu lassen. Dies sollten aber Ausnahmen bleiben.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

PROGRAMM

P01: Unvereinbarkeit Rechtsextremismus

Antrag:

In unserer Gesellschaft darf kein Platz für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sein. Rechtsextreme Propaganda muss als solche bloßgestellt und unsere demokratischen Werte ihr gegenübergestellt werden. Die Morde der sich selbst als „Nationalsozialistischer Untergrund“ bezeichnenden Vereinigung haben auf besonders erschreckende Art und Weise verdeutlicht, wie groß das Problem des Rechtsextremismus und die von ihm ausgehende Gefahr ist. In den vergangenen Jahren wurde dieses Problem allzu oft verkannt, ignoriert oder kleingeredet. Präventionsarbeit in diesen Bereichen wurde durch Budgetkürzungen erschwert und mitunter unmöglich gemacht. Diese Schritte müssen rückgängig gemacht werden, sodass diese Programme nicht nur ihre alte Stärke zurückgewinnen, sondern darüber hinaus weiter ausgebaut werden können.

Begründung:

Übernommen von Jan Doerrenhaus/NRW:

Ich möchte, dass sich der Landesverband klar zum Selbstverständnis der Partei und den auf dem letzten BPT angenommenen Anträgen gegen Rechtsextremismus bekennt. Dabei geht es nicht(!) um eine generelle Abkehr von Extremismus - die ich befürworte! - sondern ganz speziell und insbesondere um Rechtsextremismus. Wer der Meinung ist, dass wir auch ebenso klar und deutlich gegen andere Formen von Extremismus Stellung beziehen sollten, darf gern einen solchen Antrag stellen. Ich bitte daher von Kommentaren, die eine Änderung des Antrages in diese Richtung vorschlagen, abzusehen. Das ist NICHT Thema dieses Antrages. Zur weiteren Argumentationsunterstützung sei auf das oben verlinkte Blog sowie das von Tarzun verwiesen.

Diesen Antrag habe ich 1:1 übernommen von einem Antrag für den LPT Sachsen-Anhalt, weil ich finde, dass sich jeder Landesverband dem stellen sollte. Mir ist klar, dass der Extremismusbegriff bei den Piraten in der Diskussion ist, dieses soll aber nicht primär der Inhalt des Antrags sein sondern schlicht eine klare Abgrenzung vom Rechtsextremismus - das ist offenbar trotz Satzung etc. nötig.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P02: Antifaschistisches Engagement

Antrag:

Es wird beantragt, das Grundsatzprogramm des Landesverbandes um den neuen, eigenen Punkt „Antifaschistisches Engagement“ mit folgendem Text zu ergänzen:

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz tritt nationalistischen, rassistischen, ausländerfeindlichen, faschistischen, totalitären, diktatorischen Einstellungen, Bewegungen und Aktivitäten sowie allen anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung entschieden entgegen. Sie widersprechen den Werten und Zielen der Piratenpartei einer friedlichen, freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft und werden von uns politisch bekämpft.

Wir unterstützen daher in der Praxis Kampagnen, Organisationen und Initiativen, die sich den genannten Bestrebungen in den Weg stellen und solche, deren Ziel es ist, das Verständnis zwischen verschiedenen Kulturen und Weltanschauungen zu verbessern, Vorurteile abzubauen und das Miteinander zu fördern. Für uns gilt es dabei, das Augenmerk nicht nur auf den sogenannten „rechten Rand“ der Gesellschaft zu legen, sondern Vorurteilen und Intoleranz auch in der selbst erklärten „Mitte“ der Gesellschaft entgegenzutreten z.B. beim Alltagsrassismus, bei latent antisemitischen Stereotypen oder bei Islamfeindlichkeit.

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz strebt eine enge Vernetzung mit anderen antifaschistischen Gruppierungen und Bündnissen an und wird entsprechende Aufrufe zur Mobilisierung von z.B. Gegendemonstrationen bei Nazi-Aufmärschen im Rahmen dieser Positionierung auch kurzfristig unterstützen.

Begründung:

Mündlich.

Notizen:

Dafür Dagegen Enthaltung

P03: Übernahme Änderungen Bund BPT2010.2 und BPTs 2011

Antrag:

Es wird beantragt (falls der Parteitag das wünscht, ist modulweise oder jeder Punkt einzeln abzustimmen):

Wir übernehmen Änderungen und Erweiterungen, die bis zum Antragsschluss zum 1. Landesparteitag 2012 durch die Bundesparteitage am Bundes-Parteiprogramm vorgenommen wurden, auch in unser Landesprogramm. Diese sind:

vom Bundesparteitag 2010.2

- Das Kapitel „Mehr Demokratie wagen“ wird ersetzt durch das neue Kapitel gleichen Namens aus dem Bundes-Parteiprogramm und verschoben an die gleiche Position wie beim Bundes-Parteiprogramm (direkt nach der Präambel).
- Das Kapitel „Patentwesen“ wird mit gleichem Text wie beim Bundes-Parteiprogramm nach „Urheberrecht“ eingefügt, die alten Kapitel „Software Patente“ und „Patentwesen“ werden entfernt.
- Der Punkt „Teilhabe am digitalen Leben einfügen“ wird mit gleichem Text wie beim Bundes-Parteiprogramm nach „Freie demokratisch kontrollierte technische Infrastruktur“ eingefügt.
- Der Punkt „Digitale Rechteverwaltung (DRM)“ wird entfernt.
- Das bisherige Kapitel „Bildung“ durch die neue Version aus dem Bundes-Parteiprogramm ersetzt.

- Das Kapitel „Geschlechter- und Familienpolitik“ mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
- Das Kapitel „Recht“ wird mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
- Das Kapitel „Informationsfreiheitsgesetze“ wird mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
- Eingefügt wird folgender Absatz aus dem Bundes-Parteiprogramm im Kapitel „Transparenz des Staatswesens“ vor dem Punkt „Offene Verträge mit der Wirtschaft“: „Die Piratenpartei setzt sich für eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ein. Beamte im Einsatz bei Versammlungen sind zu verpflichten, von weitem sicht- und erkennbare Kennzeichen zu tragen. Die Kennzeichen sind pseudonym (z. B. in Form einer Nummer) zu gestalten und dürfen von Einsatz zu Einsatz wechseln.“
- Es muss jederzeit auch im Nachhinein möglich sein, mit richterlichem Beschluss ein Kennzeichen einer Person zuzuordnen. Der Vorgesetzte ist für die wirksame Durchsetzung der Kennzeichnungspflicht und die korrekte Führung der Zuordnungen von Kennzeichen zu Personen verantwortlich.
- Polizisten sind zu verpflichten, Verstöße durch andere Polizisten zu verhindern oder - falls dies nicht möglich ist - zu melden sowie den/die beteiligten Beamten zu identifizieren. Verletzungen dieser Pflichten (Tragen des Kennzeichens, korrektes Führen der Zuordnungsliste, Verhindern/Melden von Verstößen) sind strafrechtlich zu sanktionieren.“
- Das Kapitel „Umwelt“ wird mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm eingefügt.
- Bei der Einfügung des Kapitels „Umwelt“ wird auf den Punkt „Energiepolitik“ verzichtet. Stattdessen wird das Kapitel „Energiepolitik“ aus unserem Landes-Grundsatzprogramm an diese Stelle gesetzt.

Von den Bundesparteitagen 2011:

- Einfügen des Kapitels „Offene Verträge mit der Wirtschaft“ mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.

- Einfügen des Kapitels „Freier Zugang zu öffentlichen Inhalten“ mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
- Einfügen des Kapitels „Für die Vielfalt in der Gesellschaft“ mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
- Einfügen des Kapitels „Drogenpolitik“ mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
- Einfügen des Kapitels „Suchtpolitik“ mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.
- Einfügen des Kapitels „Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden (ausgenommen Rechtsanwalts-, Notar- und Ärztekammern)“ mit gleichem Text und an gleicher Position wie beim Bundes-Parteiprogramm.

Bei der Übernahme von Texten aus dem Bundes-Parteiprogramm wird jeweils „Piratenpartei Deutschland“ ersetzt durch „Piratenpartei Rheinland-Pfalz“.

Begründung:

Unser derzeitiges Parteiprogramm des Landesverbandes ist zum allergrößten Teil eine Kopie einer alten Version des Programms des Bundesverbandes.

Das Programm des Bundesverbandes umfasst mittlerweile wesentlich mehr Punkte. Damit, dass wir einige Punkte aus dem (alten) Bundesprogramm im Landesprogramm haben, andere aber nicht, erwecken wir den Eindruck, wir würden diese nicht übernommenen Punkte nicht befürworten.

Ob Presseberichte, in denen unser Landesverband als konservativer Landesverband oder als Kernie-Landesverband dargestellt wurde, dadurch zustande kamen, ist nicht sicher, aber wahrscheinlich.

Außerdem ist es einfach unschön, wenn wir eine 2 Jahre veraltete Version des Bundesprogramms als Landesprogramm haben.

Dies zu lösen gibt es zwei Möglichkeiten:

A) Wir übernehmen alle Punkte in der aktuellen Version aus dem Bundesprogramm. Das

ist dieser Antrag.

B) Wir streichen alle Punkte, die aus dem Bundesprogramm stammen, aus unserem Landesprogramm. Dazu habe ich den Antrag „Landesparteiprogramm zusammenkürzen“ gestellt.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P04: Redundanzen Landes-und Bundesprogramm

Antrag:

Aus dem Parteiprogramm des Landesverbandes Rheinland-Pfalz wird alles gestrichen, was im Parteiprogramm des Bundesverbandes steht oder aus einer älteren Version des Parteiprogramm des Bundesverbandes stammt.

Das bedeutet: Alle Kapitel außer dem Kapitel „Energiepolitik“ werden gestrichen.

Begründung:

Begründung

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P05: Fracking

Antrag:

Die Piraten Rheinland-Pfalz lehnen Hydraulic Fracturing, auch Fracking genannt, als Gasfördermethode ab. Bei diesen Vorhaben werden Boden und Grundwasser großen Risiken für uns und die zukünftigen Generationen ausgesetzt. Das Einbringen zahlreicher, zum Teil hochtoxischer Stoffe mit unkontrollierter Ausbreitung ist abzulehnen. Daher setzen wir uns für ein Verbot von Fracking im Land, im Bund und der EU ein. Um den Energiebedarf zu decken, setzen wir statt dessen auf Effizienzverbesserungen, Einsparungen und Generative Energien mit modernen Speichertechniken zum Ausgleich von Fluktuationen bei Energieproduktion und -Verbrauch.

Begründung:

Was ist Fracking?

Fracking ist eine unkonventionelle Fördermethode, um schwer zugängliche Quellen anzuzapfen. Beim Fracking wird unter sehr hohem Druck (>1000 bar) eine Flüssigkeit in den Boden gepresst. Dadurch werden künstliche Risse erzeugt oder vorhandene Haarrisse vergrößert, um die Durchlässigkeit des Bodens für Gas oder Flüssigkeiten zu vergrößern und so den gewünschten Energieträger freizusetzen.

Es wird ein Gemisch aus Wasser und Sand eingesetzt. Die Sandkörner sollen die Haarrisse offen halten. Gleichzeitig werden diverse Chemikalien beigemischt, die zunächst dazu führen, dass Sand und Wasser sich nicht trennen, sondern in einer geleeartigen Masse eine Emulsion bilden. Nachdem die erwünschten Risse im Untergrund entstanden sind, muss das Gemenge wieder verflüssigt werden, damit das Gas gefördert werden kann. Auch werden Biozide beigemischt, die im Untergrund vorhandene oder von der Oberfläche eingebrachte Methan-zersetzende Bakterien abtöten, sowie Algen, die zu Schleimteppichen und Verstopfungen führen können.

Warum Fracking?

Erdgas muss nicht immer in großen Hohlräumen vorliegen, sondern kann auch in Form von Einschlüssen im Gestein, in Poren oder Haarrissen vorkommen. Fracking wird verwendet, um solche Erdgasvorkommen, die in Böden mit geringer Durchlässigkeit für Gas (Permeabilität) vorliegen, zu erschließen.

Welche Risiken gibt es?

Das größte Risiko ist sicherlich die Verseuchung des Grundwassers und der Umgebung des Bohrlochs an der Erdoberfläche. Weil sich die künstliche Rissbildung beim Fracking weder kontrollieren noch steuern läßt, können Risse prinzipbedingt auch an unerwünschten Stellen entstehen. Die Rissbildung ermöglicht, dass sowohl Gas wie auch Bohrflüssigkeit (Fracfluid) an die Oberfläche gelangen - gewünscht ist dies jedoch nur für das Gas und auch nur an der Förderstelle. An allen anderen Stellen kann es zur Kontamination mit Gas oder Fracfluid führen - insbesondere zur Verseuchung des Grundwassers. Aus den USA sind Fälle öffentlich geworden, bei denen das Grundwasser so sehr mit Gas kontaminiert ist, dass es zum Trinken nicht mehr geeignet und sogar „brennbar“ wurde [03].

Nur ein Teil der Firmen gibt Informationen zu den verwendeten Chemikalien heraus - die Zusammensetzungen ändern sich ständig, es wird viel herumexperimentiert. Es besteht auch der Verdacht, dass giftige Abfälle auf diese Weise als „wertvolle Hilfsmittel“ umdeklariert und eingesetzt werden, um eine teure Entsorgung zu vermeiden. Ein signifikanter Teil der Frackflüssigkeit bleibt im Boden zurück. Wer in Bergbaugebieten lebt, kennt die Bergbauschäden, die natürlich auch entstehen können, wenn man Gestein zerstört. Schwarmbeben sind aufgetreten. Bei mindestens einem Fracking befanden sich in der Nähe alte unbekannte, nicht kartierte oder vergessene Bohrungen. Nachdem bereits eine große Menge Frackflüssigkeit eingebracht war, schoss diese einige hundert Meter entfernt aus einer der alten Bohrungen wieder an der Oberfläche heraus - eine eindrucksvolle Fontäne, die eine Woche lang sprudelte und die Umgebung mit Frackflüssigkeit und den aus dem Untergrund gelösten Salzen vergiftete. Generell löst die Frackflüssigkeit auch unerwünschte Stoffe aus dem Untergrund: Salze, aber auch radioaktives Material, das ähnlich wie beim Bohrschlamm aus der Erdölförderung ein „vergessenes“ bzw. verschwiegenes, verdrängtes, ignoriertes Problem ist. In der Umgebung von Hamm soll gefrackt werden. Dort enthält der Untergrund große Mengen radioaktives Thorium und dessen ebenfalls radioaktive Zerfallsprodukte, die unvermeidlich an die Oberfläche gelangen werden. In NRW sollen Kohleflöze gefrackt werden. Die sind dann für die Nachwelt unbrauchbar. Kohle ist eine wertvolle Ressource, die eventuell später einmal gefördert werden könnte - und zwar nicht, wie bisher, zum Verbrennen, sondern zu anderen Zwecken. Grundsätzlich gilt, wer behauptet „es gibt keine Risiken“, der lügt!

Wer will daran verdienen?

Das Erdgas will ExxonMobil aus dem Boden unter NRW fördern. Die Bohrlizenzen wurden schon vergeben, ohne dass die Öffentlichkeit darüber informiert wurde. Eins sollte man auf jeden Fall bedenken, wenn es um Ölkonzerne geht: Sicherheit kostet, und die Ölkonzerne bzw. Subunternehmer sparen da sehr gerne. Der Unfall im Golf von Mexiko zeigte, wie sehr die Konzerne willens sind, das Risiko zu übergehen, um Profit auf Kosten der Gesellschaft zu erwirtschaften. Einigen ist vielleicht auch die Exxon Valdez [08] in Erinnerung geblieben. Im Gegensatz zu ihren Versprechungen haben sie keineswegs vor, als Gesamtgesellschaften zu haften.

Es werden bereits jetzt für die Probebohrungen Tochtergesellschaften gegründet, GmbHs, die im Falle von Problemen haften, und das wegen des geringen Eigenkapitals nur geringfügig - „Gesellschaften mit beschränkter Haftung“. Und das nur für Probebohrungen.

Wie beurteilen andere Länder das Fracking?

In den USA wird Fracking intensiv angewandt, und die Schäden für Mensch und Natur wurden bereits offensichtlich. Dort scheint der Energiehunger größer zu sein als die Bedenken. Einzelne Bundesstaaten haben es jedoch bereits auf ihren Gebieten verboten, ebenso wie Frankreich. Wenn man bedenkt, wie Frankreich das Risiko von Atomkraft einschätzt, könnte daraus der Schluss gezogen werden, dass die Franzosen Fracking für gefährlicher als Atomkraft halten!

Quellen:

[01] <http://de.wikipedia.org/wiki/Fracking>

[02] <http://www.gegen-gasbohren.de/artikeluebersicht/>

[03] <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,711107,00.html>

[04] <http://www.unkonventionelle-gasfoerderung.de/>

[05] <http://piratenpartei-duisburg.de/unkonventionelles-erdgas/>

[06] <http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/NRW-will-riesige-Erdgasfelder-anzapfen-id3899416.html>

[07] <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,725697,00.html>

[08] http://de.wikipedia.org/wiki/Exxon_Valdez

[09] http://wiki.piratenpartei.de/Benutzer:Danebod/Unkonventionelles_Erdgas

[10] <http://www.xtraneews.de/2011/07/01/frankreich-verbietet-fracking/>

[11] <http://www.scientificamerican.com/blog/post.cfm?id=france-bans-fracking-2011-06-30>

[12] <http://www.greenpeace-energy.de/windgas.html>

Notizen:

Dafür Dagegen Enthaltung

P06: Verkehrsnetze sowie Ver- und Entsorgungsnetze

Antrag:

Punkt 6.1 aus dem Wahlprogramm soll in das Grundsatzprogramm verschoben werden:

Verkehrsnetze sowie Ver- und Entsorgungsnetze gelten als natürliche Infrastrukturmonopole. Der Zugang zu diesen Teilen der Infrastruktur ist für unsere Gesellschaft überlebenswichtig. Gleichzeitig sind sie extrem anfällig für Wettbewerbsverzerrung. Nur wenn der Staat, als einzig öffentlich kontrollierbare Instanz, der Betreiber solcher Netze ist, kann sichergestellt werden, dass die von uns geforderten Ansprüche erfüllt werden. http://wiki.piratenpartei.de/RP:Wahlprogramm#Verkehrsnetze_sowie_Ver-_und_Entsorgungsnetze

Dieser Antrag ergänzt den folgenden Antrag P07.

Begründung:

Die eher allgemeineren, abstrakteren Formulierungen, die wir momentan im Wahlprogramm haben, in das Grundsatzprogramm verschieben und durch den genaueren Antrag zur Kommunalen Versorgung dort aufzunehmen.

Notizen:

Dafür Dagegen Enthaltung

P07: Kommunale Versorgung

Antrag:

Die Mitglieder der Piratenpartei Rheinland-Pfalz beschließen für das Wahlprogramm:

Das Land und die Kommunen sollen sich dafür einsetzen, dass die Grundversorgung von

- Trinkwasser
- Wasser- und Abwasserleitungen
- Klärwerken
- Stromnetzen
- Gasnetze
- Straßen sowie Straßenbauwerke

in der öffentlichen Hand bleibt bzw. in diese rückgeführt wird, sollte sie bereits privatwirtschaftlich betrieben sein, und erneut zum Verkauf anstehen. Bei einem Verkauf der Netze oder einer Fusion haben die Kommunen ein Vorkaufsrecht, das eine angemessene Zeit vor dem Verkaufstermin von den zuständigen Kommunen ausgeübt werden kann. Der Betrieb soll über kommunale Stadtwerke gewährleistet sein, die sich vollständig in öffentlicher Hand befinden. Seine Verpachtung oder Vermietung ist ausgeschlossen.

Begründung:

Die Versorgung mit Wasser und Strom sowie die Abwasserbeseitigung sind für die Gesellschaft Grundvoraussetzung für ein zivilisiertes Leben. Wenn die Netze in die Privatwirtschaft überführt und verkauft werden, ist damit zu rechnen, dass die Netze kommerziell geführt werden, ihre Nutzungsentgelte steigen, und eine Instandhaltung auf dem neusten Stand der Technik nicht mehr gewährleistet ist.

Daher ist es sinnvoll, den Kommunen ein Vorkaufsrecht einzuräumen, das in einer angemessenen Zeit ausgeübt werden kann, und so den Bürgern die zukünftige Nutzbarkeit der Netze erhalten zu können. Die bisherige Praxis zeigt nämlich, dass kommunale Stellen erst kurze Zeit vor der Veräußerung Kenntnis erhalten, und sich dann nur sehr schwer dagegen zur Wehr setzen können.

Die Piratenpartei setzt sich in ihrem Programm für eine zukünftige dezentrale Stromversorgung ein. Verkäufe oder langfristige Vermietungen der Energieversorgungsunternehmen und Netze in privatwirtschaftliche Hände würden diesem Ziel widersprechen.

Die privatisierten Stromnetze werden seit Jahren maroder und unsicherer. Die Privatisierung des Wassernetzes in Paris an den Betreiber Veolia zeigen, dass das Profitstreben notwendige Reparaturen verhindert.

Quellen:

[1 - Marode Stromnetze] <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/stromnetze-aus-vier-mach-eins-1.712167>

[2 - Marode Stromnetze 2] <http://www.auto-motor-und-sport.de/forum/threads/2123-Marode-Stromnetze-%E2%80%93-Wie-geht-es-weiter>

[3 - Water Makes Money 90min] <http://www.youtube.com/watch?v=dLaVwYjfejw>

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P08: Ablehnung von Extremismusbegriff und Extremismusklausel

Antrag:

Es wird beantragt, das Grundsatzprogramm des Landesverbandes um den neuen, eigenen Punkt „Ablehnung von Extremismusbegriff und Extremismusklausel“ mit folgendem Text zu ergänzen:

Die Piratenpartei lehnt den Begriff des „Extremismus“ ab, da er nach unserer Auffassung auf einem veralteten und von der politischen und gesellschaftlichen Vielfalt überholten Verständnis eines politischen Spektrums basiert. Die PIRATEN wertschätzen progressive, innovative und revolutionäre Ideen, die unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft voranbringen. Wir setzen uns daher gegen die Verwendung des Extremismusbegriffs in Behörden sowie darauf basierende Kategorisierungen von Menschen und Gruppen ein.

Staatliche Gesinnungstests wie die Extremismusklausel für Projekte und Menschen, die sich gegen Rassismus, Faschismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus, Nationalsozialismus, Sexismus, Homophobie oder faschistische oder diktatorische Bestrebungen einsetzen, lehnen wir entschieden ab.

Begründung:

Mündlich.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P09: Landtagsausschüsse

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschliessen, folgenden Text in das Kapitel „Informationsfreiheit im 21. Jahrhundert - Offene Daten für mündige Bürger!“ im Unterkapitel „Transparenz des Staatswesens und Lobbyismus“ oder nach Massgabe des Landesparteitages einzufügen:

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass die Landesverfassung so geändert wird, dass die Ausschüsse des Landtages Verfassungsrang bekommen. Insbesondere sollen diese grundsätzlich öffentlich abzuhalten sein. Zur Zeit gibt es in der Landesverfassung nur eine Regelung zu Untersuchungsausschüssen (Art. 91). Als Vorbild können der Art. 17 der Landesverfassung von Schleswig-Holstein und der Art.44 der Landesverfassung von Berlin gelten.

Begründung:

Die Öffentlichkeit der Ausschüsse wird z.Zt. nur durch die GO garantiert. Die GO kann leichter geändert werden als die Landesverfassung. Ausserdem kann bei jeder neuen Konstituierung des Landtages eine ganz neue GO verabschiedet werden, so dass es keine Garantie gibt, dass weder die Ausschüsse selbst noch die grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschüsse gewahrt bleibt.

Ein Verstoß gegen die GO ist ein kleineres Problem als ein Verstoß gegen die Verfassung, gegen den jeder beim Verfassungsgerichtshof Klage erheben kann.

Die Inspiration für diesen Antrag kommt von folgendem Blog <http://www.piratenfraktion-berlin.de/2012/04/19/muhsam-nahert-sich-das-einhornchen/>

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P10: Für Demokratie und Zivilcourage

Antrag:

Es wird beantragt, das Grundsatzprogramm des Landesverbandes um den neuen, eigenen Punkt „Für Demokratie und Zivilcourage“ mit folgendem Text zu ergänzen:

„Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz tritt nationalistischen, rassistischen, fremdenfeindlichen, faschistischen, totalitären und diktatorischen Einstellungen, Bewegungen und Aktivitäten sowie allen anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung entschieden entgegen, weil diese den Werten und Zielen der Piratenpartei Rheinland-Pfalz, einer friedlichen, freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft, widersprechen. Solche menschenfeindlichen Bestrebungen werden von uns politisch bekämpft. Wir unterstützen daher in der Praxis Kampagnen, Organisationen und Initiativen, die sich den genannten Bestrebungen in den Weg stellen und solche, deren Ziel es ist, das Verständnis zwischen verschiedenen Kulturen und Weltanschauungen zu verbessern, Vorurteile abzubauen und das Miteinander zu fördern. Für uns gilt es dabei, das Augenmerk nicht nur auf den sogenannten „rechten Rand“ der Gesellschaft zu legen, sondern Vorurteilen und Intoleranz auch in der selbst erklärten „Mitte“ der Gesellschaft entgegenzutreten, z.B. beim Alltagsrassismus, bei latent antisemitischen Stereotypen oder bei Islamfeindlichkeit.

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz strebt eine enge Vernetzung mit anderen Gruppierungen und Bündnissen an, die die gleichen Ziele verfolgen, und wird entsprechende Aufrufe zur Mobilisierung, z.B. Gegendemonstrationen bei Neonazi-Aufmärschen, im Rahmen dieser Positionierung auch kurzfristig unterstützen.“

Begründung:

Die Kooperation mit Gruppen und Bündnissen für Demokratie und Zivilcourage soll durch die PP RLP basisdemokratisch legitimiert ermöglicht sein. Damit sollen weitere endlose Grundsatzdiskussionen, z.B. in Mailinglisten der Piratenpartei vermieden werden, die wertvolle zeitliche Ressourcen der Mitglieder verschwenden.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P11: Frühere Aktivitäten

Antrag:

Dem Programm des Landesverbandes wird ein neuer Abschnitt unter dem Titel »frühere Aktivitäten« hinzugefügt: »Unser Ziel ist eine friedliche, freiheitliche und pluralistische Gesellschaft. Wir setzen zum Erreichen dieser Ziele besonders auf das Gespräch. Dialoge oder zu Deutsch Zwiegespräche ergeben nur Sinn, wenn beide Seiten offen sind für die Argumente des Partners. Menschen können sich ändern. Nachdem Jemand sich von früheren totalitären, extremistischen und faschistischen Überzeugungen öffentlich und nachvollziehbar abgekehrt hat, stehen die Piraten ihm wieder zum Dialog zur Verfügung.«

Begründung:

Unser Problem ist nicht neu. Jede Gemeinschaft kennt es, dass Menschen in der Vergangenheit gegen Prinzipien der Gemeinschaft verstoßen haben. Nach neueren Erkenntnissen möchten sie gerade in diese Gemeinschaft aufgenommen werden. Berühmt ist das Damaskus-Erlebnis des Apostels Paulus. Christen verlangen zum Beispiel für Vergebung Umkehr und Reue. Reue geht mir zu weit. Daraus wird schnell Heuchelei.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P12: »Lucky Seven«

Antrag:

Hiermit beantrage ich, dass folgender Antragstext hinter der Präambel ins Grundsatzprogramm der Piraten Rheinland-Pfalz aufgenommen wird:

Das Selbstverständnis der Piraten

Die Piraten verstehen sich als Vereinigung von Menschen die durch gemeinsame Werte vereint politische Veränderungen herbeiführen. Die Werte die uns zusammenführen beschreiben wir in den Lucky Seven.

Lucky Seven

Piraten sind freiheitsliebend

Wir achten und schützen unsere Freiheit und die der anderen. Wir entscheiden frei und unserem Gewissen verpflichtet. Wir lassen uns nicht bestechen und widerstehen Zwängen die unsere Freiheit und die unserer Mitmenschen bedroht.

Piraten sind fair, friedlich und tolerant

Wir achten das körperliche und seelische Wohlergehen unserer Mitmenschen. Wir behandeln unsere Mitmenschen fair und erquicken uns an der Vielfalt und am Facettenreichtum des Lebens. Wir begrüßen, achten und fördern Pluralismus in Idee und Gestalt.

Piraten teilen und mehrten Wissen

Wir setzen uns für die freie Wissensgesellschaft ein. Wissen und Kultur zu teilen ist der Schlüssel zu Chancengerechtigkeit und zu einer materiell, geistig und kulturell wohlhabenden Gesellschaft. Wir engagieren uns für Bildungsfreiheit und Chancengleichheit.

Piraten sind originell und schlicht

Wir suchen einfache und verständliche Lösungen für komplizierte Probleme. Nachvollziehbare Regeln sind der Schlüssel für fruchtbare Teilhabe.

Piraten sind couragiert

Wir kämpfen für unsere Ziele und treten für sie ein. Wir sind weder verwegen noch ängstlich. Wir reflektieren unser Handeln und unser Denken. Wir stehen zu unseren Fehlern und sehen sie als Teil unserer Entwicklung. Wir betrachten uns als Prozess und nicht als Tatsache.

Piraten denken global und handeln nachhaltig

Wir sehen uns als Mensch – nicht als Nation. Wir suchen Lösungen die für uns, unsere Nachbarn und unsere Kinder gelten können.

Piraten achten Schöpfung und Besitz anderer

Wir behandeln Werk, Schöpfung und Besitz anderer mit Respekt.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P13: Rückgewinnung und Verwendung öffentlichen Raums

Antrag:

Der Text des bisherigen Punktes „Öffentlicher Raum in privater Hand“ im Kapitel „Kultur“ des Wahlprogrammes wird ersetzt durch folgenden:

Die zunehmende Privatisierung öffentlicher städtischer Räume lehnen wir ab.

Beispielhaft seien hier große Einkaufszentren in privatem Besitz genannt. Dort findet öffentliches Leben statt, von dem keiner unserer Mitmenschen auszuschließen ist. Personen dürfen nicht vom Betreten der Zu- und Durchgangswege abgehalten werden.

Die weitere Ausweitung privaten Raumes zuungunsten öffentlichen Raumes, wollen wir stoppen und gegebenenfalls rückgängig machen. Für großflächige Räume in privatem Besitz wollen wir einen rechtlichen Rahmen gestalten, der dem Charakter dieser Räume als öffentlichem Raum, gerecht wird.

Eine solche Bewirtschaftung ehemals öffentlichen Raums darf nicht dazu führen, dass politische Betätigung dort unmöglich wird oder Menschen, die das „Einkaufs-, Geschäfts- und Wohnenerlebnis“ trüben könnten, vertrieben werden. Für private Räume mit öffentlichem Charakter soll auch öffentliches Recht gelten, privates Wachpersonal darf nur innerhalb der Geschäftsräume eingesetzt werden.

Straßen in Städten und Gemeinden sollen in öffentlicher Hand verbleiben. Die Einfriedung kommunaler Einrichtungen sollte nur in begründeten Fällen erfolgen.

Begründung:

Immer mehr öffentlicher Raum wird an Investoren veräußert und privatisiert. Diese Räume beanspruchen oftmals große Teile von Stadtzentren. In ihnen gilt das Hausrecht des Investors, so dass er nach eigenem Ermessen willkürlich agieren kann. Zudem dienen diese Investitionen meist als reine Spekulationsobjekte. Sie werden ohne Rücksicht auf urbane Strukturen und oftmals unter unwiederbringlicher Zerstörung einer solchen zur reinen Gewinnmaximierung durchgesetzt. Um hier die Bedürfnisse der Bürger auf eine lebendige, offene und gewachsene Infrastruktur zu bewahren, sollen entsprechende Regelungen vorgesehen werden.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P14: Prinzipien piratiger Politik

Antrag:

Es wird beantragt im Grundsatzprogramm nach der Präambel einzufügen:

Prinzipien piratiger Politik

Wir Piraten wollen eine Gesellschaft, die sich als solidarische Gemeinschaft freier, gleichberechtigter Menschen begreift.

Vielfalt ist in einer Gesellschaft ein Ausdruck kulturellen Reichtums. Die Individualität ihrer Mitglieder ist es, der einer Gemeinschaft ihre Vielfalt und ihren kulturellen Reichtum verleiht.

Indem sich hier verschiedene Ideen vermischen und gegenseitig befruchten, entstehen neue Ideen, entsteht neues Wissen.

Die Freiheit eines jeden Menschen ist, als Teil seiner Menschenwürde, sein naturgegebenes Recht und Voraussetzung für ein erfülltes Leben. Die Gemeinschaft muss aber auch großes Interesse daran haben, dass sich jedes ihrer Mitglieder frei entfalten und an der Gemeinschaft teilhaben kann. So kann jedes Mitglied den größtmöglichen Nutzen für die Gemeinschaft bringen.

Voraussetzungen für eine Gemeinschaft freier und gleicher Menschen

Abwesenheit von Zwängen

Die Freiheit des Einzelnen darf erst dort enden, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Da diese Grenzen fließend sind, ist ein hohes Maß an gegenseitigem Verständnis, Wohlwollen, Toleranz und Rücksichtnahme in einer Gesellschaft notwendig.

Teilhabe an der Gestaltung

Jedes Mitglied der Gemeinschaft muss die gleichen, umfangreichen Möglichkeiten haben, die Gemeinschaft mitzugestalten. Dies kann auch beitragen zu mehr Gerechtigkeit und weniger Konflikten in der Gemeinschaft.

Plattformneutralität

Infrastrukturen, technische wie gesellschaftliche, müssen für alle gleichermaßen nutzbar sein. Die Hürden für ihre Nutzung müssen niedrig sein, ihre Funktion muss offen zugänglich und allgemeinverständlich dokumentiert sein.

Freiräume

Eine Gemeinschaft muss Freiräume schaffen und erhalten: Räume, die nicht für einen festen Zweck vergeben sind, sondern in denen Neues erfunden und ausprobiert werden kann.

Formbarkeit

Es ist notwendig, dass die Strukturen der Gemeinschaft nicht erstarren, sondern formbar bleiben. Nur so können die Mitglieder die Gemeinschaft mitgestalten, nur so kann sich die Gemeinschaft weiterentwickeln.

Gleiche Rechte und Pflichten

Alle Menschen müssen die gleichen Rechte und Pflichten haben. Ungleichbehandlung ist nur dann zulässig, wenn ihr Zweck der Ausgleich bereits vorhandener Ungleichheit ist.

Bildung

Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht, sie ist wichtig für die individuelle Freiheit. Bildung lässt jeden seine Möglichkeiten erkennen, gibt ihm die Fähigkeiten, sie zu nutzen, und verbessert das Wissen, um die Folgen seiner Handlungen abschätzen zu können.

Solidarität

Die Gemeinschaft soll die individuelle Entfaltung ihrer Mitglieder unterstützen. Dabei geht es um praktische Hilfe beim Nutzen von Freiheit, ideelle Hilfe (zum Beispiel durch das Vorbild des Nutzens von Freiheit) und um Hilfe, wenn man durch die Nutzung seiner Freiheit in Not geraten ist.

Verteidigung

Mitglieder einer Gemeinschaft müssen ihre Rechte gegen andere oder auch die Gemeinschaft in angemessener Weise verteidigen dürfen und können. Die Gemeinschaft muss jedem Mitglied helfen, seine Rechte zu schützen, auch gegen die Gemeinschaft selbst.

Kommunikationsfreiheit

Menschen müssen frei miteinander kommunizieren können. Sie müssen frei sein in der Äußerung ihrer Meinungen und darin, andere Meinungen aufzunehmen. Kommunikationsfreiheit ist auch nur dann gegeben, wenn man nicht nur frei in der Äußerung ist, sondern auch die Chance hat, angehört zu werden. Freie Kommunikation kann auch zu mehr Verständnis füreinander führen.

Informationsfreiheit und Transparenz

Informationen müssen für jeden frei zugänglich sein. So kann sich jeder über seine Möglichkeiten zur Nutzung seiner Freiheit inklusive der Teilhabe an der Gemeinschaft informieren. Ausgenommen hiervon sind personenbezogene Daten.

informationelle Selbstbestimmung

Wissen über Menschen kann Macht über diese Menschen bedeuten. Das Gefühl, überwacht zu werden, kann zu Verlust von Freiheit führen. Aus diesen Gründen ist jedem Mitglied der Gemeinschaft das größtmögliche Maß an Kontrolle über seine personenbezogenen Daten zu ermöglichen.

Die wichtigste Maßnahme hierbei ist, ohne Zustimmung nur so viele personenbezogene Daten zu erfassen, wie unbedingt notwendig. Es steht aber auch jedem Menschen frei, seine eigenen personenbezogenen Daten zu veröffentlichen.

Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist notwendig, um die Freiheit kommender Generationen zu schützen. Technische und gesellschaftliche Systeme müssen stets so gestaltet werden, dass sie schon aufgrund ihrer Architektur für den Einzelnen Sicherheit durch Freiheit bieten und dies nicht z.B. davon abhängt, wer an der Macht ist und die Systeme bedient.

Offenheit nach innen

Die Mitglieder der Gemeinschaft müssen einander offen und mit Vertrauen begegnen. Nur so ist ein Austausch von Wissen und Ideen möglich.

Offenheit nach außen

Die Gemeinschaft und jedes ihrer Mitglieder muss es Außenstehenden einfach machen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Eine Gemeinschaft darf sich nicht zu stark nach außen abgrenzen. Eine Gemeinschaft muss Impulse von außen aufnehmen. Kommunikationsfreiheit und Informationsfreiheit dürfen nicht durch die Grenze der Gemeinschaft beschränkt werden. Gemeinschaft muss immer auch global gedacht werden als Gemeinschaft aller Menschen.

Widersprüche

Eine vielfältige Gemeinschaft freier Menschen ist voller unterschiedlicher Meinungen und Widersprüche. Das ist keine Schwäche, sondern eine Stärke. Denn was heute noch falsch ist, kann morgen, unter veränderten Umständen, richtig sein. Was heute noch Minderheitenmeinung ist, kann morgen die Mehrheit hinter sich haben.

Macht und Verantwortung: Netzwerk statt Hierarchie

Jedes Mitglied einer Gemeinschaft trägt Verantwortung für sich selbst, die anderen Mitglieder der Gemeinschaft und die Gemeinschaft als Ganzes.

Aus großer Macht entsteht auch große Verantwortung. Wir Piraten wollen extreme Machtkonzentrationen aber verhindern. Wir wollen Macht und Verantwortung auf mehr Schultern verteilen. Um so notwendiger ist es dann, dass sich jeder seiner Verantwortung bewusst ist. Möglich wird dies durch große Transparenz, offene Informationen, freie Kommunikation, ein möglichst hohes Bildungsniveau und klare, durchschaubare Strukturen.

Entscheidungen, die von vielen in Übereinstimmung getroffen wurden, haben eine größere Legitimation, als Entscheidungen die nur von wenigen getroffen wurden.

Grundsätzlich sollten die Menschen, die die Folgen zu tragen haben, wenn eine Entscheidung getroffen oder nicht getroffen wird, bei der Entscheidungsfindung ausschlaggebenden Einfluss haben.

digitale, globale Gesellschaft

Die digitale Revolution und das Internet hat unsere Gesellschaft global werden lassen. Die Gemeinschaft der Menschen ist dabei enger zusammengerückt, lässt aber gleichzeitig jedem einzelnen Individuum mehr Freiheit zur Entfaltung seiner Persönlichkeit und Möglichkeiten zur Mitwirkung bei der Gestaltung der Gemeinschaft. Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich. Gegenteiligen Tendenzen treten wir entschieden entgegen.

endgültige Wahrheiten

Wir Piraten gehen davon aus, dass es endgültige Wahrheiten nicht gibt. Deshalb lehnen wir es ab, dass sich Politik allein daran orientiert, ob sie zu einer Religion oder Ideologie passt. Politik muss sich stattdessen an ihrer Zweckerfüllung orientieren.

Lösungen müssen immer wieder kritisch hinterfragt und bei Bedarf angepasst werden.

Fehler zu machen, ist nicht falsch. Sie nicht zuzugeben und nicht zu korrigieren, ist falsch.

Staat und Gesetz

Wir Piraten verstehen den Staat als organisatorische Infrastruktur einer Gemeinschaft oder eines Teils einer Gemeinschaft.

Seine Aufgabe muss es sein, die Freiheit jedes einzelnen in der Gemeinschaft, aber auch den Zusammenhalt der Gemeinschaft zu schützen.

Dazu gibt sich die Gemeinschaft freier und gleicher Menschen in Form des Staates allgemeingültige Gesetze. Sie bilden einen klaren Rahmen, auf den sich jeder Mensch ohne Unterschied verlassen können muss.

Diese Gesetze dürfen nicht allein danach ausgerichtet sein, dass sie zu einer Ideologie, Religion oder Tradition passen, sondern danach, dass sie ihren Zweck erfüllen.

Bei territorialen Staaten soll jeder Mensch, der auf Dauer im Territorium eines Staates lebt, Bürger dieses Staates sein können.

materielle Ungleichheit

Die Größe des Besitzes eines Menschen bestimmt mit, wie stark er an der Gesellschaft teilhaben kann. Ein großer Besitz verleiht Macht, besitzlose Menschen sind großer Macht ausgeliefert.

Gesellschaftssysteme, die alle Menschen materiell gleich stellen wollen, führen zu Unfreiheit, da Vielfalt negiert wird und große Machtkonzentration notwendig ist, um Gleichheit unter Zwang durchzusetzen.

Wir Piraten sehen, dass zu große materielle Ungleichheit zu Problemen führt. Wir wollen zum Teil bewährte, pragmatische, zum Teil neue Wege zur Lösung dieses Problems gehen. Dabei wollen wir Armut bekämpfen, nicht Reichtum.

Auch wir sehen in der sozialen Marktwirtschaft mit ihren Rahmenbedingungen für zum Teil selbstbestimmten Ausgleich sozialer Ungleichheiten ein bewährtes und geeignetes System, verschließen uns aber nicht neuen Ideen.

Darüber hinaus wollen wir die Chancen der digitalen, urbanen, globalen Gesellschaft stärker nutzen. Wir Piraten wollen Teilhabe unabhängiger machen von materiellen Möglichkeiten. Wir Piraten wollen, dass von Besitz weniger Macht ausgeht und wenig Besitz nicht machtlos macht.

Begründung:

Unser Parteiprogramm ist nicht in einem Guss entstanden, sondern vom „Schwarm“ formuliert worden. Ist es deshalb ein zusammenhangloses, widersprüchliches Sammelsurium? Haben wir keine in sich schlüssige Programmatik? Oder gibt es gemeinsame Nenner aller Programmpunkte?

- „Freiheit“ ist ein zentraler Begriff bei vielen Programmpunkten der Piraten.
- Was verstehen wir unter „Freiheit“?
- Welche Arten von Freiheit gibt es?
- Wozu ist Freiheit gut?
- Wie können wir Freiheit maximieren?

Die Freiheit des einen endet da, wo die Freiheit des anderen beginnt (geht zurück auf John Stuart Mill: „On Liberty“ (1859)). Das bedeutet, in Gesellschaft mit anderen Menschen gibt es zwangsläufig Konflikte.

- Wie könnten die Piraten das Spannungsfeld Freiheit und Gemeinschaft / sozial und liberal auflösen?
- Sind die Ziele Freiheit und Solidarität zwangsläufig Widersprüche, die nur über Kompromisse im Einzelfall gelöst werden können oder gibt es Prinzipien, mit denen sich beides in Einklang bringen lässt?
- Können wir als Piraten Lösungsprinzipien aus unserer Erfahrung in der Piratenpartei und aus unseren Erfahrungen mit dem Leben in einer digitalen, globalen, vernetzten Gesellschaft ableiten?

Viele unserer Programmpunkte und vieles in unserer Parteistruktur basiert bereits auf den Prinzipien, die versucht wurden für diesen Antrag in allgemeingültiger Form herauszudestillieren.

Dieser Antrag soll also nicht etwas neues festlegen, sondern die eigentlich schon vorhandenen Prinzipien so kurz und allgemeingültig wie möglich darstellen und erklären.

P15: Ehrenamt-Nebenamt-Hauptamt

Antrag:

Die Piratenpartei RLP fördert das Ehrenamt. Eine saubere Sprache hilft. Ein Ehrenamt ist grundsätzlich unbezahlt. Die Piratenpartei strebt an, dass bezahlte Nebenämter als solche bezeichnet werden. Wir sprechen von Amt, Nebenamt und Ehrenamt.

Begründung:

Kurt Beck will laut Stuttgarter Zeitung <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.interview-mit-kurt-beck-verantwortung-fehlt-man-spielt-mit-politik.858d59f5-1065-4f20-ab5a-fc1b9111352e.html> nach seiner Amtszeit ein Ehrenamt anstreben. Bestimmt stellt sich Niemand vor, dass er Turnen, Fußball, Schach, Musik oder Geschichte in Bad Bergzabern unterstützen will? Ein zur Zeit noch so genanntes Ehrenamt, wie er es anstrebt, beinhaltet eine monatliche so genannte Entschädigung von einigen Tausend Euro, Flüge 1. Klasse sowie Aufenthalte in Hotels und Bewirtungen der Luxuskategorie. Das wird jeder echt ehrenamtlich Tätige als Verhöhnung empfinden. Engagierte werden vergrämt. Wir Piraten wollen die Menschen für Engagement gewinnen.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P16: Sozialkunde/Politik/Gemeinschaftskunde

Antrag:

Es wird beantragt, den folgenden Text zum Passus „Umfassendere politische Bildung ...“ des Wahlprogramms hinzuzufügen:

Die Stundenzahl für das Fach Sozialkunde/Politik/Gemeinschaftskunde soll erhöht werden. Diese Erhöhung soll u.a. dazu genutzt werden, die Anteile der Wirtschaftskunde in diesem Fach auszubauen. Wirtschaftskunde sollte dabei Aspekte aller relevanten Themenbereiche von der Verbraucherbildung bis zu den Grundfragen des Wirtschaftsystems umfassen. Dabei wird darauf geachtet, dass ein unparteiischer und kritischer Wirtschaftsunterricht angeboten wird, der nicht von Wirtschaftsinteressen gesteuert wird. Ein entsprechendes Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte soll angeboten werden. Langfristig soll sich die Aufwertung der Wirtschaftskunde an allgemeinbildenden Schulen auch in der Lehrerausbildung niederschlagen.

Begründung:

Das Fach Sozialkunde/Politik ist - zumindest am Gymnasium - das Fach mit der geringsten Stundenzahl. Dies ist nicht mit dem Auftrag, die Schüler zu mündigen, engagierten und sachkundigen Demokraten zu erziehen, zu vereinbaren. Die Ökonomie bildet bereits seit gut einer Generation den Masterdiskurs unserer Gesellschaft. Gleichwohl machen die allgemeinbildenden Schulen kaum Angebote zur ökonomischen Bildung. Wirtschaftsthemen werden zwar im Rahmen des Faches Sozialkunde/Politik/Gemeinschaftskunde auch angesprochen, machen aber nur einen kleinen Teil der ohnehin sehr geringen Unterrichtszeit aus. Diese Lücke versuchen Unternehmen und Wirtschaftsverbände zu nutzen. Sie drängen massiv mit kostenlosen, hochwertig produzierten, aber tendenziösen Materialien in die Schulen. Deshalb sollten die Schulen in die Lage versetzt werden, einen kritischen Wirtschaftskundeunterricht zu machen.

Notizen:

Dafür Dagegen Enthaltung

P17: Breitbandausbau

Antrag:

Es wird beantragt im Wahlprogramm im Kapitel „Infrastrukturmonopole“ im Unterkapitel „Infrastruktur Internet“ im Absatz „Breitbandausbau“ folgende Sätze zu streichen: <https://wiki.piratenpartei.de/RP:Wahlprogramm#Breitbandausbau>

„Die derzeit vom Bundeswirtschaftsministerium genannte untere Grenze der Breitbandgeschwindigkeit von 128 KBit/s ist dabei nicht ausreichend. Die Definition von Breitbandgeschwindigkeit soll in Zukunft der aktuellen technischen Entwicklung angepasst werden.“

Begründung:

Laut Ankündigung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie will das BMWi nun bis 2014 die Versorgung von 75 Prozent der Haushalte mit Anschlüssen mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde erreichen. <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Technologie-und-Innovation/Digitale-Welt/Digitale-Infrastrukturen/breitband,did=360286.html>

Notizen:

Dafür Dagegen Enthaltung

P18: Erhalt der Gewerbesteuer wie bisher

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen, als Ergänzung zum Wahlprogramm an geeigneter Stelle folgendes einzufügen:

Die Rheinland-Pfälzer PIRATEN setzen sich für den Erhalt der Gewerbesteuer ein. Diese Steuer ist das einzige kommunale Instrument, welches in direkter Bürgernähe selbstständig von den Kommunen zur Steuerung lokaler Interessen der Bürger eingesetzt werden kann.

Die Wechselwirkungsmöglichkeiten zwischen kommunalem Gewerbesteuersatz, Bürgerinteressen vor Ort und der freien Entscheidungsmöglichkeit von Firmen zur Standortwahl erweisen sich als guter Ansatz des demokratischen Gedankens.

Begründung:

Eine vereinheitlichte Gewerbesteuer bedeutet zwangsläufig die Gewerbeansiedlung in infrastrukturstarken Ballungszentren. Eine Konkurrenzsituation kann durchaus sinnvoll sein im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft. Den Kommunen bleibt ein Spielraum zur eigenen Gestaltung kommunaler Bedürfnisse und Einnahmen. Dieses wollen wir hiermit zum Ausdruck bringen.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P19: Floh- und Trödelmärkte an Sonntagen

Antrag:

Die Piraten wollen sich dafür einsetzen, die Verbote von echten Floh-, Antik- und Trödelmärkten an Sonntagen aufzuheben.

Begründung:

Für die Besucher stellen sie familien- zusammenführende Tradition dar. Es ist offensichtlich Lobbyismus, wenn der Holiday Park am Sonntag geöffnet sein darf, aber der Trödelhändler seinen Ramsch aus Rücksicht auf die 10 Gebote nicht feilbieten darf. Das jetzige Verbot betrifft die überwiegend mit Neuwaren bestückten Märkte, die unter falschen Namen betrieben werden. Zeitungsartikel sind mit Vorsicht zu werten, weil hinter diesen Märkten erhebliche wirtschaftliche Interessen stehen und große Anzeigenkunden.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P20: Gewerbesteuer am Ort der Mehrwertschaffung

Antrag:

Die Gewerbesteuer soll künftig für alle Unternehmen mit Sitz in RLP zu 100% immer dort anfallen, wo der „Mehrwert“ erschaffen wird und nicht mehr dort, wo der Stammsitz des Mutterkonzerns gemeldet ist.

Begründung:

Keine Steuerverluste mehr durch ausländische Firmenübernahmen (Bsp. Opel/GM) Windkraftanlagen erwirtschaften Ihre Erträge da, wo der Wind weht und die Anwohner den Anblick ertragen müssen und nicht da, wo die Investoren und die Betreibergesellschaft im Grünen sitzen.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P21: Hochschulfinanzierung und Nachwuchsförderung

Antrag:

Die Piratenpartei fordert, die Hochschulen des Landes weiterhin mit dem für die Studierendenzahl erforderlichen Personal auszustatten und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht einzuschränken. In einem Nachtragshaushalt sollen die Personaletats der Hochschulen so aufgestockt werden, dass die Tarifierhöhungen und Gehaltssteigerungen für 2012 und 2013 aufgefangen und Kürzungen aufgrund der Deputatserhöhung für Professuren rückgängig gemacht werden.

Begründung:

Die im Doppelhaushalt 2012/2013 beschlossenen Massnahmen zur „Schuldenbremse“ und die im Zusammenhang damit verordneten weiteren Einsparungen bewirken eine Verringerung der Personaletats der Universitäten und Fachhochschulen in Rheinland-Pfalz in der Größenordnung von mehr als 25 Millionen Euro. *) Rechnet man die Studiengebühren aus dem „Studienkontenmodell“ hinzu, die nun ohne Kompensation aus dem Landesetat wegfallen, so fehlen weitere 3,5 Millionen Euro, die bislang von den Hochschulen zur Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt wurden. Bei einzelnen Hochschulen summieren sich diese Verluste im Personaletat auf bis zu 8 Prozent ab 2013. Die Folge sind massive Einsparmassnahmen, die schon angelaufen sind und die Verringerung des Hochschulpersonals zum Ziel haben: Freiwerdende Stellen werden gestrichen oder mindestens ein bis zwei Jahre gesperrt und Wissenschaftler/innen auf Zeitverträgen werden in Zukunft kaum Weiterbeschäftigungsperspektiven in Rheinland-Pfalz haben. Gerade die große Zahl junger HochschulabsolventInnen, die in den letzten Jahren zur Bewältigung der hohen Studierendenzahlen eingestellt wurden und hohe Lehrbelastung übernehmen mussten, werden nun in beispielloser „Ex-und Hopp“-Mentalität mit Auslaufen der Zeitverträge „entsorgt“. Die Nachwuchsförderung und die Betreuung der Studierenden wird damit in Rheinland-Pfalz nachhaltig beschädigt. Dem gilt es entgegenzuwirken, was nur durch eine Steigerung der Personalmittel der Hochschulen in der Grundausstattung sinnvoll ist, denn die „Sonderprogramme“ der letzten Jahre waren überwiegend für neue und zusätzliche Aufgaben vorgesehen und befristet, auch ihr Auslaufen ist absehbar.

Die Finanzierung der geforderten Etaterhöhung ist durch die zu erwartenden Steuermehereinnahmen und durch Umschichtung im Landeshaushalt möglich, weiterhin gibt es kurz- wie mittelfristig bislang ungenutzte Möglichkeiten durch Synergieeffekte bei stärkerer regionaler Kooperation der Hochschulen bis hin zur Bildung von Gesamthochschulen (vgl. separaten Antrag).

Die Einsparmassnahmen der Landesregierung im Einzelnen: • Die einprozentige Steigerung der Beamtengehälter 2012 und 2013 (so mager das ist, es bedeutet für die Hochschulen Mehrausgaben von 1,5 Millionen 2012 und 2,9 Millionen 2013) wird nicht etatisiert; • Die 1,9-prozentige Anhebung der Angestelltenvergütung 2012 und die noch zu verhandelnde Steigerung der Vergütungen 2013 wird nicht etatisiert (1,9% + 17 Euro monatlich für 2012 bewirkt für die Hochschulen insgesamt ca. 5.921.000 Euro Mehraufwand), und legt man für 2012 die Messlatte recht niedrig und kalkuliert mit 2,5%, so beträgt der notwendige Mehrbetrag 2013 inkl. der Steigerung aus 2012 bereits 12,7 Millionen Euro. • Die Sonderanhebung der Professorengehälter in der W-Besoldung ab Juli 2012 – bereits 2011 im Besoldungsgesetz beschlossen – wird nicht etatisiert und kostet die Hochschulen 2012 887.000 Euro und ab 2013 1,8 Millionen Euro. • Schließlich, das ist eine echte „Kürzung“, werden die Professoren ab WS 2012/13 zu einer Unterrichtsstunde mehr pro Semesterwoche verpflichtet, Etatmittel im Umfang der zusätzlichen Professorenstunden werden im Personalhaushalt gestrichen, was ca. 4 Millionen Euro Einsparung für 2012 und etwa 8 Millionen Euro Einsparung ab 2013 erfordert. • Zuletzt werden die seinerzeit als „besonderer Weg“ des Landes Rheinland-Pfalz gefeierten Studiengebühren für Studierende, die mehr als das Doppelte der Regelstudienzeit bis zum Abschluss benötigen oder ein Zweitstudium absolvieren, zur Gänze abgeschafft, für die Hochschulen gleichfalls ein nicht ausgeglichenes Einnahmeminus in der Größenordnung von 3,5 Millionen Euro jährlich, die bislang in die Verbesserung der Studienbedingungen investiert werden konnten und nun ersatzlos wegfallen.

(Quelle: Beitrag von W.Dörr „Personalkürzung trotz steigender Studierendenzahlen Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz stehen vor dem größten Personalabbau ihrer Geschichte“ in: GEW-Landeszeitung für Rheinland-Pfalz, Heft 5-6 2012, S.20-22)

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P22: Integration und Chancengleichheit

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Text an geeigneter Position in das Wahlprogramm einzufügen:

Die Piraten möchten die Kommunikation zwischen Bürgern ausländischer und inländischer Herkunft stärken. Kommunikation ist ein wesentlicher Bestandteil von Integration, die durch eine Verbesserung des Miteinanders und den Abbau von Schwellen erreicht werden kann.

Gerade Begegnungsmöglichkeiten mit fremden Kulturen helfen, Barrieren und Berührungängste abzubauen. Gesellige und informative Veranstaltungen mit dem wechselnden Schwerpunkt auf jeweils eine Kultur wollen die PIRATEN fördern.

Der Besuch einer öffentlichen Einrichtung zur Kinderbetreuung verbessert die Sprachfertigkeit bei vielen Kindern deutlich, so dass sie auch im Sinne der Integrationsförderung eine Schlüsselstellung einnimmt. Wir werden darauf hinwirken, dass diese Angebote von möglichst vielen Kindern mit Migrationshintergrund genutzt werden können.

Die Beherrschung der Landessprache ist einer der wichtigsten Integrationsfaktoren. Um die Chancengleichheit für Kinder sicherzustellen, soll mit genügend Vorlaufzeit zur Einschulung eine Begutachtung u.a. der Sprachfähigkeiten aller Vorschulkinder durchgeführt werden. Bei Bedarf sollen verpflichtende kostenlose Fördermaßnahmen dafür sorgen, dass bei regulärer Einschulung alle einen Mindeststandard haben.

Begründung:

Die Piraten begrüßen eine multikulturelle Gesellschaft und die Gleichstellung aller Bewohner unseres Landes. Die bisherigen Methoden Menschen unterschiedlicher Herkunft in unsere Gesellschaft zu integrieren können optimiert werden. Sprachkurse wurden durchgeführt, ohne dass eine wirkliche Integration geschieht. Kommunikation ist die Grundlage für Verständnis. Verständnis ist die Basis für Miteinander. Die Eltern der ausländischen Kinder sollen stärker eingebunden werden, wobei aktiv versucht werden soll, diese zu entsprechenden Veranstaltungen zu bewegen. Sehr viele ausländische Elternteile, die der deutschen Sprache nicht sehr gut „mächtig“ sind, nehmen schon allein aus Angst vor Verständigungsproblemen nicht an solchen Veranstaltungen teil.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P23: Kinderbetreuung

Antrag:

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz fördert den zügigen Ausbau von Krippen-, Kita- und Kindergartenplätzen. Lange Wartezeiten bezüglich eines ortsnahen Angebotes sind nicht hinnehmbar. Wir fordern einen garantierten, gut erreichbaren Platz für jedes Kind.

Die PIRATEN wollen sich dafür einsetzen, dass die Kinderbetreuung in Rheinland-Pfalz kostenfrei bleibt. Einsparungen in diesem Bereich halten die PIRATEN für falsch, da es - wie bei der gesamten Bildung - eine Zukunftsinvestition ist.

Die PIRATEN setzen sich für die Einrichtung von Kinderbetreuungsplätzen in ausreichender Zahl in Großfirmen und Gewerbegebieten ein, z.B. IT-Parks, Universitäten (Angebots-erweiterung), Fachhochschulen, Großunternehmen. Derartige Firmenbetreuungsstätten sind für berufstätige Elternteile ideal, da sie ohne Pendelzeiten das Kind zum Arbeitsplatz mitnehmen können, Arbeitspausen mit ihrem Kind gestalten können, und bei Problemen schnell zur Stelle sind.

Die Piratenpartei fordert die Einrichtung von bedarfsorientierten Ganztagsangeboten bezüglich Krippe und Kita. Es sollen Plätze eingerichtet werden, welche die Eltern auch außerhalb der Kernarbeitszeit von 8 bis 17 Uhr entlasten. Kinder müssen betreut werden, wenn die Eltern arbeiten. In Rheinland-Pfalz ist dies häufig Arbeit mit langen Pendelzeiten. Auch Alleinerziehende sollten Möglichkeiten zur leichteren gesellschaftlichen Teilhabe erhalten. Starre Öffnungszeiten werden von Eltern als Hindernis angegeben, Kinderbetreuung in Anspruch nehmen zu können. Kinderbetreuung ist neben frühkindlicher Bildung auch Dienstleistung für Eltern. Eltern können sich in ihren Arbeitszeiten oft nicht nach der Betreuungseinrichtung richten. Deshalb muss diese mit flexiblen Öffnungszeiten („gleitende Betreuungszeiten“ mit Kernzeit) auf die Eltern Rücksicht nehmen.

Begründung:

Selbsterklärend.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P24: Modernisierung der Demokratie

Antrag:

Im Abschnitt 4. „Modernisierung der Demokratie“ sollen diese beiden Absätze:

„Die Piratenpartei sieht Demokratie als die bestmögliche Herrschaftsform, da nur eine echte Demokratie ein faires und gerechtes Miteinander sowie den Ausgleich der Interessen Einzelner innerhalb des Staates ermöglicht. Wir Piraten streben eine möglichst hohe demokratische Gleichberechtigung aller Menschen an. Deswegen ist es Ziel der Piratenpartei, die direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen zu steigern und die Partizipation jedes einzelnen Mitbürgers an der Demokratie zu fördern.

Die Art und Weise wie sich Bürger in unserer Demokratie engagieren hat sich über die letzten Jahrzehnte zunehmend verändert. Statt sich in Parteien zu organisieren und am Ende jeder Legislaturperiode einmal zur Wahl zu gehen, bringen sich die Bürger zunehmend mit Hilfe von Organisationen und Bürgerinitiativen direkt in den demokratischen Prozess ein. Es reicht also nicht mehr, nur alle vier oder fünf Jahre eine Wahl zu veranstalten, um dem Verlangen der Bürger nach politischer Teilhabe gerecht zu werden. Um dieser Veränderung gerecht zu werden, müssen mehr Möglichkeiten geschaffen werden, wie sich die Bürger auch auf Landesebene direkt einbringen können.“

ersetzt werden durch:

Die Piratenpartei möchte durch ihr politisches Wirken dem Bürger einen vereinfachten Zugang zur aktiven Mitwirkung in der Politik eröffnen.

Jedem Bürger muss die Möglichkeit einer gleichberechtigten Teilnahme am politischen System gegeben werden.

Die bisherigen Mitbestimmungsmöglichkeiten des Bürgers in der Politik sind, bezogen auf die Veränderungen und die neuen Anforderungen in unserer Gesellschaft, veraltet. Wir wollen dieses System um neue Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung für den Bürger erweitern.

Wir bieten jetzt schon allen Bürgern die Möglichkeit, an der Ausarbeitung von parteipolitischen Themen und Anträgen mitzuwirken, z.B. über das Internet. Durch die basisdemokratische Organisation und transparente Kommunikation bieten wir weitere Mittel der Mitbestimmung. Diese Methoden möchten wir in den politischen Alltag einbinden, um das System an die Veränderungen in der Gesellschaft anzupassen.

Begründung:

Hier wurde der alte Punkt im Wahlprogramm nur textlich neu überarbeitet.

Notizen:

Dafür Dagegen Enthaltung.

P25: Passus Zugangerschwerungsgesetz löschen

Antrag:

Es wird beantragt, den Punkt „3.3.2.1 Zugangerschwerungsgesetz aufheben!“ ersatzlos aus dem Wahlprogramm zu löschen und die Numerierung entsprechend anzupassen. Der Passus lautet: „Die PIRATEN werden sich dafür stark machen, den Irrweg des Zugangerschwerungsgesetzes zu beenden und dieses Zensur-Gesetz aufzuheben.“

Begründung:

Das Gesetz wurde am 02.12.2011 aufgehoben.

Notizen:

Dafür Dagegen Enthaltung

P26: Rücknahme des Zensus-Gesetzes

Antrag:

Im Wahlprogramm im Abschnitt „Sicherheitspolitik unter Achtung der Bürgerrechte“, Unterabschnitt „Weitere Maßnahmen zum Schutz vor Überwachung und Zensur“ soll der Punkt „für den Stopp der Volkszählung 2011 und Rücknahme des Zensus-Gesetzes auf Bundes- und Landesebene“ gelöscht werden. Statt dessen soll an geeigneter Stelle ein eigener Unterabschnitt eingefügt werden mit folgendem Inhalt:

Rücknahme des Zensus-Gesetzes

Das Zensus-Gesetz auf Bundes- und Landesebene sowie Volkszählungen im Allgemeinen sollen abgeschafft werden. Werden weitere Daten von Bürgerinnen und Bürgern benötigt, sollen diese ausschließlich auf freiwilliger Basis erhoben werden dürfen. So kann im Sinne der Datensparsamkeit die Datensammlung über die Bürger vermindert werden.

Begründung:

Die Volkszählung 2011 ist soweit abgeschlossen. Das noch bestehende Zensus-Gesetz wollen wir abschaffen, weil es überflüssig ist. Alle Daten und Informationen zur Planung und Verwaltung sind aus den vorhandenen Stamm- und Bewegungsdaten der Verwaltungen zu entnehmen.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P27: Vereinheitlichung der Gewerbesteuer

Antrag:

Die Gewerbesteuer soll nicht mehr von jeder Gemeinde eigenständig festgelegt, sondern auf Bundesebene bedarfsgerecht vereinheitlicht werden.

Begründung:

Hinterzimmerpolitik und Bestechungen kann so vorgebeugt werden, freie Entscheidungswahl der Unternehmen/Konzerne hat nichts mit demokratischen Gedanken zu tun, sondern dient nur den Eigeninteressen der Unternehmen und der Bereicherung Einzelner.

Eine Ausspielung der Gemeinden gegeneinander auf das niedrigste Verhandlungsniveau dient ebenso nur den Unternehmen und nicht dem Staatswesen oder dem Bürger und kann so verhindert werden.

Belegbar benötigte Infrastruktur muss aus Länder-/Bundeskasse bedarfsgerecht bereitgestellt werden und strukturschwache Regionen bedürfen einer besonderen Berücksichtigung um unnötigen Ballungszentren entgegen wirken zu können. Unnötiger Erstellung von Industrieparks in ländlichen Gebieten und weiterer Zerstörung der Natur ist aber auch entgegen zu wirken, da die bisherige Praxis gezeigt hat, dass viele großzügig angelegte Industrieparks in ländlichen Regionen brach liegen und nur weitere Folgekosten ohne entsprechende Einnahmen erzeugen.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P28: Keine Frauenquote

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen, als Ergänzung zum Wahlprogramm an geeigneter Stelle folgendes einzufügen:

Wir sind für eine geschlechterneutrale Behandlung. Quotenregelungen schließen sich daher aus.

Begründung:

Gesetzliche Quoten führen nicht zu einer Gleichstellung sondern sie führen zu Diskriminierungen (z.B. Quotenfrau).

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

SONSTIGES

X01: Sync RLP Mailingliste

Antrag:

Die Hauptmailingliste des Landesverbandes Rheinland-Pfalz soll über Syncom mit dem Forum <https://news.piratenpartei.de> verbunden werden.

Betriebsparameter sollen sein:

- Im Forum nur nach Anmeldung sichtbar
- Beiträge werden im Forum nach 45 Tagen automatisch gelöscht
- schreibberechtigt sind alle Forenmitglieder

Die Teilnehmer der Mailingliste werden vor dem Start der Synchronisation gründlich informiert, die gleiche Information wird auch für Neu-Mitglieder der Mailingliste zur Verfügung gestellt.

Begründung:

- Teilhabe: einfacherer Einstieg für Neupiraten und weniger technikaffine Piraten / Freibeuter / Interessierte
- Neupiraten können Diskussion der letzten Wochen nachvollziehen
- Datenschutz ist ähnlich der Mailingliste
- einfache pseudonyme Nutzung möglich

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

X02: Unvereinbarkeitserklärung

Antrag:

Der Landesparteitag möge folgende Erklärung beschließen:

Wir bekräftigen nochmals unseren Beschluss „Piraten für den Frieden und gegen das Vergessen“ vom November 2009 und ergänzen:

Unvereinbarkeitserklärung

Wir sind eine globale Gemeinschaft von Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht und Abstammung sowie gesellschaftlicher Stellung, offen für alle mit neuen Ideen.

Wer jedoch mit Ideen von Rassismus, Sexismus, Homophobie, Ableismus, Transphobie und anderen Diskriminierungsformen und damit verbundener struktureller und körperlicher Gewalt auf uns zukommt, hat sich vom Dialog verabschiedet und ist jenseits der Akzeptanzgrenze.

Wer es darauf anlegt, das Zusammenleben in dieser Gesellschaft zu zerstören und auf eine alternative Gesellschaft hinarbeitet, deren Grundsätze auf Chauvinismus und Nationalismus beruht, arbeitet gegen die moralischen Grundsätze, die uns als Piraten verbinden.

Die Piraten erklären das Vertreten von solchen Formen der Diskriminierung und von der Verharmlosung der historischen und aktuellen faschistischen Gewalt für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft.

Begründung:

„raubkopiert“ von einem Antrag zum Bundesparteitag

(„Ableismus“ ist die Beurteilung von Körper und Geist anhand von Fähigkeiten, eine Form von Diskriminierung oder gesellschaftlicher Vorurteile gegen Menschen mit Behinderungen. Quelle: Wikipedia)

Hier geht es ganz klar auch um die Außenwirkung. Ein solcher neuer Parteitagsbeschluss wird von der Presse eher wahrgenommen, als wenn unser Pressesprecher auf unseren 2 1/2 Jahre alten Beschluss verweist. Zudem damals der größte Teil der heutigen Mitglieder noch garnicht dabei war. Ein neuer Beschluss kann auch Anlass sein für eine Pressemeldung. Und das scheint ja nötig. Aktuell sehen wir ja wieder einmal, dass unsere alte klare Positionierung nicht wahrgenommen wird.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

X03: Landesgeschäftsstelle

Antrag:

Es wird beschlossen, dass der Beschluss „Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle und eines Piratenbüros“ getroffen vom Landesparteitag am 29.11.2009 aufgehoben wird. Des Weiteren wird beschlossen, dass der Landesvorstand mit der Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle beauftragt wird, diese soll für ganz Rheinland-Pfalz ausgeschrieben werden.

Begründung:

Begründung

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

X04: Alter Beitrag 2012

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen, dass alle Mitgliedsanträge die auf einem alten Formular (mit 36€) ankommen im Jahr 2012 auch lediglich mit (höchstens) 36€ berechnet werden.

Begründung:

Diese Regelung ermöglicht es uns, alte Flyer weiterbenutzen zu können und nicht im Nachhinein einen höheren Beitrag zu verlangen.

Ich denke, dass hiermit einiges an Verwaltungsaufwand gespart werden könnte.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

X05: Ausschlussverfahren

Antrag:

Durch einen basisdemokratischen Vorgang ist es möglich ein Parteimitglied jederzeit mit 3/4 Mehrheit auf einem LPT aus der Partei auszuschließen bzw. zu behalten oder zu reintegrieren. Voraussetzung für ein solches Verfahren ist es, dass das Schiedsgericht diese Prozedur vorschlägt.

Begründung:

Es kann nicht sein, dass unsere Partei durch Mitglieder, die nicht gesellschaftsfähige, radikale Gedanken pflegen, in Mitleidenschaft gezogen wird! Deshalb ist es Ziel dieses Antrags, solche Mitglieder basisdemokratisch ausschließen oder auch reintegrieren zu können. Unsere Partei ist basisdemokratisch angelegt und unterwirft sich dieser Idee bedingungslos.

Dadurch ergibt sich im Umkehrschluss, dass jede Anfrage endgültig basisdemokratisch entschieden werden kann und muss.

Allerdings ist es unabdingbar, dass das Schiedsgericht, als parteiintern gewähltes Korrektiv, diese Vorschläge „vorbearbeitet“ und diese dann vorschlägt oder nicht zulässt. Dieses Korrektiv ist wichtig um Abstimmungen zu verhindern die durch die reine Masse von Aktivisten manipuliert werden kann.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

X06: Festlegung der finanziellen Härte bei Beitragsermäßigungen

Antrag:

Die Festlegung ob ein Pirat von der Regelung der „finanziellern Härte“ nach §5 der Bundesfinanzordnung betroffen ist, trifft der Pirat selber. Somit ist lediglich jährlich ein formloser Antrag an die zuständige Gliederung erforderlich, welche diese nur Begründet abweisen kann. Gegen die Abweisung ist eine Klage vor dem Landesschiedsgericht zulässig.

Begründung:

Leider treffen mit den Anträgen auf Beitragsminderungen neben Nachweisen von Schulen bzw. Hochschulen auch Nachweise über Renten, Hartz4 und Behindertenausweise ein. Ich kann weder als Schatzmeister noch als Mensch diesen Datenstriptease - auch wenn „nur“ gegenüber Verwaltungspiraten - gutheißen. Im Gegenteil, der Mensch in mir weigert sich viel zu oft den eingereichten Beleg überhaupt anzusehen oder gar zu Prüfen.

Ich werde dies auch in dieser Art in meinem Rechenschaftsbericht erwähnen und bin auf die Entsprechende Kritik gefasst - ändern wird sich meine Meinung dadurch nicht.

Notizen:

Dafür Dagegen Enthaltung

X07: Beauftragung des Landesvorstands Aufstellung für BTW13 im ersten Halbjahr 2013 anzusetzen

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen: „Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, die Aufstellung der Kandidaten-Landesliste Rheinland-Pfalz zur Bundestagswahl 2013 im ersten Halbjahr 2013 anzusetzen.“

Begründung:

Viele Piraten haben das Gefühl, dass eine Aufstellung von Kandidaten noch in 2012 verfrüht wäre.

In der Debatte wurden viele verschiedene Argumente angeführt, insbesondere, dass Kandidaten nicht vor Fertigstellung des Wahlprogramms aufgestellt werden sollten, da so weder für die wählenden Mitglieder noch für die Kandidaten selbst klar wäre, welches Programm überhaupt zu vertreten sei. Außerdem wird einem Parteitag 2013 ein höheres öffentliches und mediales Interesse zugedacht. Auch müssen diesmal keine Unterstützerunterschriften mehr gesammelt werden, weshalb dieses Argument für eine frühe Aufstellung entfällt. Der Bundesparteitag auf dem das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 beschlossen werden soll, findet erst im November 2012 statt.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Notizen:

Dafür Dagegen Enthaltung